Landesschülervertretung
Oberösterreich

Beschlossene Anträge des ersten „Schüler:innen im Parlament“ der LSV Oberösterreich:

Antrag: „Künstliche Intelligenz endlich begreifen!“

Forderungspunkte:

- Künstliche Intelligenz im Unterricht thematisiert wird und das Thema in verschiedenen Fächern aktiv beleuchtet wird.
- der Ausbau der Weiterbildungen für Lehrer:innen zum Thema „KI im Unterricht“ weiter voranschreitet, finanziert durch das Land Oberösterreich.
- Schulleitungen durch ein Informationsschreiben darüber aufgeklärt werden, wie sie (auch durch KI) die Schulorganisation digitaler & effektiver gestalten können.
- GPT-4 soll innerhalb der nächsten 5 Jahre für alle Schüler:innen gratis erhältlich ist.
- Schulen sollen die Möglichkeit bekommen Kreditkarten zu eröffnen.
- Experten sollen evaluierte Materialien und Richtlinien zur Unterrichtsgestaltung zur Verfügung stellen.
- Fortbildung, Informationen und Unterstützungsmaterial sollen für alle am Schulalltag beteiligten Personen bereitgestellt werden.

Antrag: „Fertig mit der Schule… was jetzt?“

Forderungspunkte:

- in der 8. Schulstufe mehr Wert auf Berufsorientierung gelegt wird
- die Diversität an Informationsmaterial (Flyer, Websites, …) durch das Bildungsministerium vereinheitlicht und optimiert wird
- jeweils in der 4. und 5. Klasse BMHS oder der 7. Und 8. Klasse AHS ein Kontingent von vier Unterrichtstagen für folgende Aktivitäten bereitgestellt wird
- Besuch von Bildungs- und Berufsorientierungsmessen, sowie Betriebs und Universitätsbesuchen.
- Ab der 8. Klasse AHS bzw. 5. Klasse BMHS soll über alle Möglichkeiten des Zivildienstes und des Bundesheeres aufgeklärt werden.
- In jeder Unter- und Oberstufe soll es eine Bildungsbeauftragte oder einen Bildungsbeauftragten geben, welcher Angebote, Workshops, Ausflüge an Schüler:innen weitergibt.
- Bei der Berufsorientierung soll ein gewisser Fokus auf das Ausland gelegt werden.

- Die Bundesregierung soll sich für eine breite internationale Anerkennung der BMHS-Matura einsetzen.
- Erasmus soll entbürokratisiert werden.
- Berufsorientierung soll mehr in Präsenz und im Gespräch mit Expert:innen gelöst werden, als über online Lösungen.
- Während des Berufes, sollen Schüler:innen mehr in den Bereichen Marketing, Krypto und durch andere Fortbildungen gefördert werden.
- Schon ab der 6. Klasse AHS bzw. 2. Klasse BMHS soll das Stundenkontingent für Berufsbildung eingesetzt werden und der AMS Berufskompass (Persönlichkeitstest) durchgeführt werden.
- Psycholog:innen müssen vom Bildungsministerium informiert werden welche Vor- und Nachteile die jeweiligen Schultypen haben
- In der Polytechnischen Schule und in der Unterstufe soll es mehr Schnuppertage geben
- Der Bund soll sich dafür einsetzen, dass es mehr Erasmus Programme auch in BMHS-Schulen gibt.

Antrag: „Stärkere Implementierung von Ernährungs- und Gesundheitsbildung in den Schulalltag sowie gesunde regionale, saisonale und nachhaltige Verpflegung für Schüler_innen an allen Schulen Oberösterreichs“

Forderungspunkte:

- Ernährungs- und Gesundheitsbildung im Schulalltag stärker implementiert werden.
- Ernährungs- und Gesundheitsbildung im Lehrplan verpflichtender Unterrichtsgegenstände wie Bewegung und Sport sowie Biologie stärker gewichtet werden.
- eine verpflichtende Bereitstellung einer gesunden sowie regionalen, saisonalen, nachhaltigen und preiswerten Kost in jeder Schulkatine bereitgestellt wird.
- Die zusätzlichen durchschnittlichen Kosten, die durch eine gesunde, regionale, saisonale und nachhaltige Verpflegung in Schulkantinen pro Speise auftreten würden, ermittelt werden.
- Finanzmittel zur Ermöglichung einer gesunden sowie regionalen, saisonalen und nachhaltigen Verpflegung an Schulkantinen mobilisiert werden.
- Die Finanzmittel sollen vom BMBWF, BML und BMSGPK bereitgestellt werden.
- Schulen sollen Alternativen zur Schulbuffet/Kantine evaluieren.
- Es soll einheitliche Richtlinien zum brandschutzkonformen Einsatz von Mikrowellen an Schulen erarbeitet werden.
- Verpflichtende Einbindung des Themas Gesundheit-Ernährung in den Lehrplan mit einem Mindeststundenkontingent von 10 EH
- Starke Förderung/Verpflichtung vn/zu einem Schulbuffet in jeder Schule
- Verpflichtende Herkunftszeichnung für alle Urprodukte und verarbeitete tierische Produkte, welche öffentlich in der Schule ausgehändigt werden.

- Generelle Erlaubnis für Mikrowellen in der Schule
- Man sollte neben dn Buffetkosten auch die Mietkosten für die externen Unternehen senken.

Antrag: „Klasse Lehrer statt leerer Klassen“

Forderungspunkte:

- Berufseinsteiger:innen ein höheres Einstiegsgehalt beziehen.
- der Einsatz von Quereinsteiger:innen zielgerichtet ausgebaut wird.
- der administrative Aufwand des Lehrkörpers minimiert wird.
- das pädagogische, psychologische und bürokratische Schulsupportpersonal ausgebaut wird.
- der Bachelor-Studiengang auf drei Jahre gekürzt wird.
- der berufsbegleitende Master-Studiengang etabliert wird.
- Quereinsteiger:innen sollen eine 2-moatige qualitative pädagogische Grundausbildung erhalten.
- Es soll verpflichtend auf Erfahrung- und Ausbildungsgrad bei Unterrichtspraktikant:innen Rücksicht genommen werden und sie sollen die Chance haben zwischen Uterrichtsstandorten zu wechseln
- Bisher unbezahlte Stunden wie ein Elternsprechtag sollen bezahlt werden.
- Erst nach 5 Jahren Berufserfahrung sollen Lehrpersonen in „Brennpunkt“-Schulen eingesetzt werden.
- Für Lehrpersonen soll es einen höheren Alleinverdienerabsetzbetrag geben und ein AHS/BMHS-Lehrer:innen Einstiegsgehalt von 3000€ Brutto, um die Attraktivität zu erhöhen.
- Mehr psychologische Hilfe für Lehrpersonen
- Quereinsteiger:innen sollen stärker nach den Bildungsstandards bewertet werden
- Für Quereinsteiger:innen muss es ein verpflichtendes Feedback geben.

Antrag: „Von Schüler:innen für Schüler:innen: Peers im Einsatz“

Forderungspunkte:

- jede Schule mindestens drei verschiedene Peerausbildungen genehmigen muss, sofern das Interesse von Seiten der Schüler:innen besteht.
- ein Mindestmaß an sechs Unterrichtseinheiten pro Semester pro Peer für die Durchführung von Workshops durch die Schulleitungen entschuldigt werden muss.
- Die Peerausbildung muss durch Kampagnen mehr Bekanntheit erlangen.
- Die Schule soll auf die verschiedenen Ausbildungen durch beispielsweise einen Aushang beim Sekretariat darauf aufmerksam machen

- Bas BMBWF soll eine Datenbank für alle Peerarten erstellen. Außerdem sollen die Peers zustimmen, dass die in dieser Datenbank gefunden werden können
- Durch die Teilnahme der Workshops, soll die Bedingung geknüpft werden, mindestes einen Workshop zu halten.
- Schüler:innen sollen auch für die Fehlstunden im Rahmen der Peerausbildung entschuldigt werden

Antrag: „Nur frontal? Langweiliger geht's kaum:"

Forderungspunkte:

- die Flex-Zeiten eine Option an allen AHSen mit Oberstufen und BMHSen werden.
- allgemein die Individualität der Schüler:innen weiterhin gefördert wird.
- Es soll eine verpflichtende Potentialanalyse für das Flex-Zeiten-System in allen Schulen geben.
- Es soll auch Lehrpersonal den Schüler:innen beiseite stehen, welches sie unterstützen kann.
- Es soll verpflichtende Fortbildungen für Direktor:innen geben um über das Flex-Zeiten-System aufzuklären.

Antrag: „Digitalisierung- was jetzt?"

Forderungspunkte:

- Digitalisierungspeers durch das Land OÖ ausgebildet werden.
- jede Lehrperson in jedem 5 Dienstjahr eine Fortbildung in Digitalisierungsthemen absolvieren muss.
- Auch die digitale Infrastruktur soll ständig dem Stand der Zeit entsprechend weiter ausgebaut werden.
- Bei der Weiterbildung soll ebenso auf Vorkenntnisse der Lehrkräfte geachtet werden und basierend darauf sollen die Lehrkräfte an den passenden Fortbildungen teilnehmen
- Peers sollen nicht nur Lehrpersonen helfen, sondern vor allem auch Mitschüler:innen.
- Die Fortbildungen sollen von Expert:innen ständig weiterentwickelt werden.
- Bei der Aushändigung von Geräten soll eine gewisse Zeitspanne für den Umgang damit eingeplant werden
- Schüler:innen sollen das Recht digital mitzuschreiben.
- Das digitale Bildungsangebot soll laufend erweitert werden
- Es soll eine einheitliche Regelung für die Bereitstellung von Hardware von Schulen geben.

Antrag: „Nachhilfe"

Forderungspunkte:

- es mehr Angebote für schulinterne Nachhilfe gibt, diese soll in Kooperation von Lehrer:innen und Schüler:innen.
- schulexterne Nachhilfe nicht mehr so teuer ist/vom Land OÖ gefördert wird
- es mehr Nachhilfeangebote für Schüler*innen gibt
- Fokus auf Nachhilfe von Schüler:innen für Schüler:innen.
- Kurse sollen auch gehalten werden, um das Lernen zu lernen.
- Alle Schüler:innen sollen für das geben von Nachhilfe bezahlt werden.
- Zwischen Test/Schularbeit und Nachtest/Nachschularbeit sollten die jeweiligen Lehrpersonen gratis Förderstunden anbieten.
- Nur Schüler:innen mit gewissen Mindestkompetenzen sollten Nachhilfe geben dürfen.
- In Österreich soll mit mehr Fokus auf Kleingruppen unterrichtet werden.